







### Soziale Revolution statt autoritärer Krisenbewältigung













### Inhaltsverzeichnis

1. Editorial	S.2
2. Veranstaltungsreihe "Soziale Revolution statt autoritärer Krisenbewältigung"	
Interview mit der Basisgruppe Antifaschismus (Bremen): Das Geschlecht der Krise	S.3
3. Bündnisaufruf zur Nachttanzdemonstration 30.04.13	
Lasst's krachen! Soziale Revolution statt autoritärer Krisenbewältigung!	<b>S.</b> 5
4. Aufrufe der beteiligten Gruppen	
Aufruf der AG17: Arbeit in der Krise	<b>S.8</b>
Aufruf der FAU Thüringen: Wir wollen Lohnsklaverei nicht einmal für Deutsche	S.12
Aufruf des Infoladen Sabotnik (Einzelpersonen): Kapitalismus tötet? Kampf dem Kapitalismus!	S.15
5. Weitere Redebeiträge und Reaktionen	
Redebeitrag der Antifa Arnstadt-Ilmenau: Zur Kritik der bürgerlichen Mobilisierung gegen den Naziaufmarsch	S.17
Redebeitrag des Club Communism: The Weather's Fine. Die Geschichte des 1. Mai als Geschichte der Niederlagen	S.20
Antwortbrief des Club Communism: Offener Brief an die FAU Thüringen	S.24
6. Wie geht's weiter? Kapitalismus in der Krise	
Aufruf des M31-Netzwerks: Ein Vorschlag zur Verständigung über aktive Unterstützung: Europäische Generalstreiks sind auch unsere Sache	S.26

■ Herausgeberin: lirab – linksradikales Bündnis Erfurt, September 2013

Diese Broschüre wurde gefördert von der ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

#### 1. Editorial

Liebe Leser\_innen,

hier ist sie endlich – die Broschüre auf die niemand gewartet hat: Die Dokumentation der Veranstaltungsreihe und Nachttanzdemo *Soziale Revolution statt autoritärer Krisenbewältigung* vom April 2013. Organsiert wurde beides durch ein Bündnis verschiedener linksradikaler Gruppen aus Erfurt, das sich seit November letzten Jahres (2012) um einen verstärkten Austausch verschiedener Kritik-und Praxisformen sowie um gemeinsame Zusammenarbeit bemüht.

Ziel der Veranstaltungsreihe und Nachttanzdemonstration war es, sich dem Verhältnis von Kapitalismus und Krise aus verschiedenen Perspektiven anzunähern. Denn seit Ende 2007 ist die Krise Thema in Politik, Medien und der Lebenswelt vieler Menschen. In Gebieten, die von der aktuellen Euro-Krise besonders akut betroffen sind, hat diese oft verheerende Konsequenzen für große Teile der Bevölkerung (Beispiel Griechenland). Menschen müssen um ihren Job sowie Sozialleistungen und damit um ihre Lebensgrundlage fürchten. Erkämpfte Errungenschaften aus Sozialreformen und im Arbeitsrecht gehen im Rahmen der ökonomischen Krise wieder verloren. Zudem führen personalisierende und nationalistische Erklärungsversuche zur Hetze und Verfolgung sozialschwacher Gruppen wie beispielsweise Migrant\*innen und Arbeitslosen.

Die **Veranstaltungsreihe** sollte der gemeinsamen Auseinandersetzung und Analyse von Ursachen und Konsequenzen von kapitalistischen Krisen dienen. Neben dem einführen Vortrag *Kapitalismus. Zyklen. Krisen* fanden im April 2013 ebenso der Vortrag *Das Geschlecht der Krise* sowie eine Diskussionsveranstaltung unter dem Titel *Lasst's krachen! Und Warum? - Diskussion der Gruppenaufrufe zur Nachttanzdemo* statt.

Die Idee für die anschließende **Nachttanzdemonstration** am 30.04.13 war aus dem Wunsch geboren worden, ein klares Zeichen gegen gängige Reaktionen auf die Krise – Autoritäre Elendsverwaltung, Nationalismus, Repression – zu setzen. Gerade in Krisenzeiten wollten wir das Ziel einer ganz anderen und solidarischen Gesellschaft auf die Straße tragen und die Perspektive einer kollektiven Überwindung dieser Zustände forcieren. Einen Bericht über die Nachttanzdemo sowie ein Video der Filmpiraten, welches auch Reaktionen von Passanten beinhaltet, findet ihr auf der Website www.lasstskrachen.blogsport.de verlinkt.

Die vorliegende **Broschüre** soll als Grundlage für weitere Verständigungsprozesse und Diskussionen dienen und außerdem einen vielseitigen Einstieg für das Verständnis der aktuellen Krise ermöglichen. Schließlich soll diese lokale Auseinandersetzung um das Verhältnis von Krise und Kapitalismus einen Anfangs- und keinen Endpunkt markieren. Die Möglichkeit einer weiteren Auseinandersetzung bietet beispielsweise das M31 Netzwerk, dessen Aufruf *Ein Vorschlag zur Verständigung über aktive Unterstützung: Europäische Generalstreiks sind auch unsere Sache* am Ende der Broschüre dokumentiert ist. Denn weiterhin gilt: Krise hin oder her – die kapitalistische Realität gehört endlich abgeschafft. Wir kämpfen gemeinsam gegen Staat, Nation und Kapital – für die soziale Revolution.

Viel Spaß beim Lesen (trotz Verspätung und Layout) wünscht (kleinlaut)

#### 2. Veranstaltungsreihe "Soziale Revolution statt Autoritärer Krisenbewältigung"

#### Interview mit der Basisgruppe Antifaschismus (Bremen): Das Geschlecht der Krise

Krise hier, Krise da. Alle reden von der Krise – nicht ohne Grund. Doch das Thema Geschlechterverhältnisse kommt darin selten vor. Dies ist ein Grund warum sich die Basisgruppe Antifaschismus [BA] aus Bremen mit dem Thema beschäftigt hat. Am 11. April 2013 hielt die Gruppe den Vortrag *Das Geschlecht der Krise* in Erfurt. Wir dokumentieren ein Interview welches die Zeitung Kandis mit ihrer Sprecherin, Tina Simons, führte.

Kandis: Tina, warum ist euch das Thema so wichtig?

**Tina**: Wenn wir uns anschauen, wie es uns in dieser Gesellschaft geht – und vor allem wie es uns in der Krise geht, kommen wir an den unterschiedlichen kollektiven Betroffenheitslagen nicht vorbei. Konkret: Die Krise hat zwar Auswirkungen auf uns alle – aber in unterschiedlicher Weise.

K: Zum Beispiel?

T: Heute besteht die Anforderung sowohl an Männer und Frauen gleichermaßen, dass sie voll berufstätig sein sollen. Das ist ein deutlicher Unterschied im Vergleich zu den 1960er Jahren, wo im so genannten Familienernährermodell überwiegend die Männer arbeiteten und so viel verdienten, dass die ganze Familie versorgt werden konnte. Die Frauen haben zum großen Teil höchstens dazu verdient. In dem Moment allerdings, indem die staatlichen Sozialleistungen (Pflegeheime für SeniorInnen, Kita-Plätze, Praxisgebühr etc.) gekürzt oder teurer werden und sich eine Menge Menschen diese nicht mehr leisten können, muss irgendwer diese Arbeiten wieder im privaten Haushalt erledigen. Und da lässt sich feststellen, dass dies wieder Frauen übernehmen. Diese Tendenz wird sich die nächsten Jahre auch noch verstärken, denken wir. Denn an der gesellschaftlichen Arbeitsteilung in den Haushalten hat sich kaum etwas grundsätzlich geändert.

**K**: ...wenn aber auf der anderen Seite gesagt wird, dass die Gleichberechtigung heute bereits schon erreicht sei...

T: ...dann müssen wir uns darüber unterhalten, was damit genau gemeint ist. Es stimmt schon: Was die Gleichstellung vor dem Gesetz angeht, gab es eine Menge guter Veränderungen, auch wenn zum Beispiel beim Thema Abtreibung weiterhin keine Rede davon sein kann, dass die Frauen darüber frei selber entscheiden können. Bei der staatlichen Gleichstellungspolitik ist zudem auch noch mal ein weiterer, genauerer Blick nötig. Sie zielt nämlich weniger auf die Veränderung der gesellschaftlichen Strukturen, sondern auf die Ermöglichung individueller Karrieren. Frauen sollen Karriere machen und Männer in Sensibilisierungstrainings Gefühle lernen zeigen. Bei alledem ist es zudem wichtig relativierend klar zu haben, dass all dies Maßnahmen sind, die unter den Bedingungen von gesellschaftlicher Herrschaft und Ausbeutung, dem Kapitalismus, stattfinden. In linken Strukturen wird das Thema Arbeitsteilung übrigens auch häufig als eine individuelle "Gender-Frage" behandelt. Wenn es aber um Konkretes wie z. B. Quotenregelungen geht, sind auch oft wenige bereit, selber so etwas auch anzuwenden.

**K**: Aber gleichzeitig gibt es doch auch so eine Debatte über die Jungen und Männer, dass sie die neuen Verlierer seien und gefördert werden müssten.

T: Ja, das stimmt. Diese Debatte gibt es auch. Um es gleich klar zu sagen: Das ist Quatsch. Die Ursache für das Aufkommen dieser absurden Diskussion ist den gesellschaftlichen Veränderungen der letzten Jahrzehnte zu finden. Die gesellschaftlichen Arbeitstätigkeiten in den großen Industrieländern (USA, Deutschland etc.) haben sich seit den 1970er Jahren so entwickelt, dass der Großteil der Arbeiten heute im so genannten Dienstleistungssektor stattfinden (Büro und Verwaltungstätigkeiten, Schulen, Kindergärten etc.). Das heißt, heute werden eben andere Fähigkeiten gebraucht, als früher für die klassische Fabrikarbeit z.B. "am Band". Wer nämlich im Büro, Schule, Supermarkt oder Pflegeheim arbeiten will bzw. muss, muss auch gut mit Menschen umgehen können. Aus historischen Gründen – keinen anderen, "wirklichen" – werden diese Fähigkeiten gesellschaftlich den Frauen als angebliche Eigenschaft zugeschrieben. Wenn jetzt von den Männern gesagt wird, das sie im Schnitt schlechter in der Schule seien und das sie zusätzlich dazu auch nicht diese sogenannte Sozialkompetenz hätten, dann ist es tatsächlich plötzlich schwieriger für sie, in diesen Bereichen einen Job zu finden. So fallen die Fans dieser patriarchalen Ordnung in ihre selbstgegrabene Grube. Trotzdem gilt aber auch im Dienstleistungsbereich, allen Mythen von der angeblich höheren Sozialkompetenz "der" Frauen zum Trotz: Im direkten Vergleich bekommen auch hier die Männer weiterhin bei schlechterer Qualifikation den besser bezahlten Job.

**K**: Und was macht ihr politisch jetzt damit?

T: Hier sind uns zwei Punkte wichtig. Zum einen versuchen wir bei uns in der Gruppe auf die geschlechtliche Arbeitsteilung zu achten: Wer macht was und wie gehen wir miteinander um. Der zweite Punkt ist, dass wir uns Streiks im sozialen Bereich wie Krankenhäusern, Pflegeheimen o.ä. verstärkt anschauen. Ein weitergehender Vorschlag, wie in diesem Bereich politisch gehandelt werden könnte, steht in unserem Strategiepapier *Der Klassenkampf und die Kommunist\*innen* in dem wir u.a. dazu aufrufen, linksradikale Gewerkschaften aufzubauen.

Weitere Infos findet ihr auf den Seiten der Basisgruppe Antifaschismus unter www.basisgruppe-antifa.org

#### 3. Bündnisaufruf zur Nachttanzdemonstration 30.04.13

#### Lasst's krachen! Soziale Revolution statt autoritärer Krisenbewältigung!

#### Der große Krach – die Krise heißt Kapitalismus

Der Alltag im Kapitalismus ist bereits quälend genug – sowohl die alltägliche Ausbeutung durch Lohnarbeit als auch die Schikanen auf dem Arbeitsamt, die Ausbildung an Schulen, Betrieben und Universitäten zum Zwecke der Selbstverwertung, die ständige Unsicherheit im Wettbewerb, all das gehört zu den belastenden Bedingungen unseres Lebens. Es gilt: Wer am gesellschaftlichen Reichtum teilhaben will, muss seine Arbeitskraft verkaufen. Hinzu kommen die verheerenden Konsequenzen globaler kapitalistischer Arbeitsteilung sowie im Rahmen nationaler Standortpolitik der Durchsetzung transnationaler Ausbeutungsverhältnisse und der Absicherung globaler Ressourcen: brutale Ausbeutung ganzer Weltregionen, Kontrolle von Migration – das heißt konkret: der Tod zehntausender geflüchteter Menschen an den Grenzen Europas – Zerstörung natürlicher Ressourcen sowie militärische Konflikte. Trotz der Steigerung der gesellschaftlichen Produktivkräfte bedeutet das Produzieren für den Profit gerade nicht, dass die Bedürfnisse der Menschen erfüllt werden. So produziert der Kapitalismus Elend für die meisten und eben kein gutes Leben für alle.

Die derzeitige Euro-Krise verschärft die Situation zusätzlich, Menschen müssen um ihren Job sowie Sozialleistungen und damit um ihre Lebensgrundlage fürchten. Doch das ist nichts Neues. Seit dem 20. Jahrhundert lassen sich nach einer Periode steigender Löhne und Profitraten immer wieder Stagnationen und Krisen beobachten – dieser Krisenzyklus hat sich seit der Weltwirtschaftskrise der 70er Jahre zunehmend intensiviert. Die Konsequenzen solcher Krisen bedeuten für den Großteil der betroffenen Bevölkerung einen weiteren Abstieg in die Prekarität. Ein Beispiel dafür ist Griechenland, wo die Bevölkerung aktuell unter Privatisierung, Abbau sozialer Sicherungssysteme (Bildung, medizinische Versorgung, Rente) und Aufkündigung gewerkschaftlicher Rechte und Streikrecht leidet. Erkämpfte Errungenschaften aus Sozialreformen und im Arbeitsrecht sind im Rahmen der ökonomischen Krise wieder verloren gegangen – noch ein Grund die Grundlagen des kapitalistischen Systems endlich zu beseitigen, anstatt den ständigen mühsamen Kampf um ein Mehr oder Weniger weiterzuführen.

#### Reaktion auf die Krise: Autoritäre Elendsverwaltung, Nationalismus, Repression

Die bisherige Antwort von Politik und Wirtschaft auf die Krise lautet: "weiter wie bisher". Um das System am Laufen zu halten, werden Millionen von Euro in Bankenrettungen gepumpt und staatliche Sparprogramme unter Druck der Troika (Zusammenschluss der Europäischen Union, Europäischen Zentralbank und des Internationalen Währungsfonds) ohne Rücksicht durchgedrückt. Um den kapitalistischen Wirtschaftsablauf zu erhalten, wird die systematische Verelendung von Millionen von Menschen in Kauf genommen. In Griechenland zeigt sich wie die staatlichen Krisenbekämpfungsmaßnahmen mit Zwang und Repression gegen die dort lebenden Menschen durchgesetzt werden. Obwohl der Staat nicht mehr in der Lage ist den bisherigen sozialen Standard, bspw. in der Gesundheitsversorgung und in der Wohnraumsituation, aufrechtzuerhalten, werden Versuche der Selbstorganisation – wie die Errichtung sozialer Zentren oder die Aneignung

von Wohn- und Lebensraum – auf repressivste Weise polizeilich verfolgt und zurückgedrängt. Hier erweist sich der Zwang zur kapitalistischen Produktionsweise als totalitär: Neben Staat und Kapital darf es keine Alternative geben.

Mit der zunehmenden Verbreitung nationalistischer Stimmung werden Migrant\*innen für die gesellschaftliche Notlage verantwortlich gemacht – es kommt europaweit zu rassistischen Hetzjagden und Morden. Auch in Deutschland ist dies eine gängige Reaktion auf die Krise: Durch Hetzkampagnen à la "die faulen Griechen", "gierige Banker" oder Schuldzuweisungen an sozialschwache Gruppen, wie zum Beispiel Arbeitslosen oder Sinti und Roma, werden strukturelle Gründe für die Krisenhaftigkeit des Kapitalismus verschleiert. Politische Programme wie die gefeierte "Agenda 2010" und die damit einhergehende Einführung von Hartz IV lieferten die Basis für die Euro-Krise, in der sich der Standort Deutschland als Gewinner verstehen kann. Um diesen selbstgenerierten Standortvorteil zu erhalten, wird der Abbau von Sozialleistungen und schließlich die Prekarisierung von Beschäftigungs- und damit Lebensverhältnissen politisch gewollt und ökonomisch zwingend weiter vorangetrieben.

#### Soziale Revolution – für ein ganz anderes Ganzes

Der Ruf nach Sozialreformen und Verteilungsgerechtigkeit muss im Rahmen des kapitalistischen Systems verbleiben: implizit kommt es dadurch zur Normierung und Ordnung der kapitalistischen Gesellschaft und nicht zur Verwirklichung einer anderen gesellschaftlichen Ordnung, die endlich auf die Bedürfnisbefriedigung der Menschen zielt angestrebt wird das Mehr oder Weniger der Ausbeutung und nicht die Aufhebung des Lohnsystems. In der politischen Diskussion geht es, wenn überhaupt, um eine sozialverträgliche Abmilderung der Folgen kapitalistischer Widersprüche und nicht um die Beseitigung des Kapitalismus als solchen. Damit wird der Gesellschaft die kollektive Organisation ihres Arbeitsprozesses gemäß der Bedürfnisse der Menschen kategorisch verwehrt. Stattdessen sollen wir uns weiter den ökonomischen Sachzwängen des kapitalistischen Systems – Lohnarbeit, Profitzwang, Konkurrenzkampf – unterwerfen. Trotz staatlicher Repression geben uns die entstehenden Selbstorganisierungsprozesse in Griechenland und Spanien Hoffnung. Die Errichtung sozialer Zentren, der Aufbau solidarischer Gesundheitsversorgung, selbstverwaltete, produzierende Fabriken und die gemeinsame Organisation zum Selbstschutz gegen faschistische und staatliche Angriffe auf Migrant\*innen und Antifaschist\*innen enthält das Moment, das Agieren jenseits von Markt und Staat zu versuchen. Im Bewusstsein um die Ursachen der kapitalistischen Krisenauswirkungen und den genannten Versuchen wird ein ganz anderes Ganzes erst denkbar. Trotz der gesellschaftlichen Ohnmacht, in der sich die Einzelnen wiederfinden, streben wir die Perspektive einer kollektiven Überwindung dieser Zustände an.

#### Tanzen gegen die Verhältnisse

Am Vorabend zum 1. Mai richtet sich unsere Demonstration gegen Lohnarbeit, Staat und die Herrschaft der falschen Freiheit. Den reaktionären, rassistischen und nationalistischen Krisenreaktionen setzen wir die antinationale und antikapitalistische Solidarität entgegen. Wir wollen gerade in Krisenzeiten das Ziel einer ganz anderen und solidarischen Gesellschaft auf die Straße tragen.

Das Andere – die Möglichkeit, das menschliche Zusammenleben bewusst gemeinsam zu gestalten – muss endlich wieder begehrt werden. Deutschland oder Griechenland – Krise hin oder her: Die kapitalistische Realität gehört endlich abgeschafft. Wir kämpfen gemeinsam gegen Staat, Nation und Kapital – für die soziale Revolution!

Kommt zur Nachttanzdemo am 30. April um 18 Uhr auf den Bahnhofsvorplatz in Erfurt – wir tanzen gegen die Verhältnisse!

#### 4. Aufrufe der beteiligten Gruppen

#### Aufruf der AG17: Arbeit in der Krise

Am 1. Mai, dem Tag der Arbeit, wird sich auch in Erfurt getroffen, um für "Arbeit, Recht und Freiheit" zu demonstrieren. Stopp! Das ist das Motto der Nazis. Der DGB fordert "Gute Arbeit. Gesicherte Rente. Soziales Europa.", bestimmt nicht nur für Deutsche, allerdings Arbeit als "zentrales Element der Teilhabe und somit persönliche[r] Verwirklichung" (Aufruf). Was nichts anderes heißt, als dass der DGB fordert, gesellschaftliche Teilhabe setze Arbeit voraus, sonst... Ja was?

Die derzeitige Krise ist kein Aufflackern von Symptomen, die sich durch Regulierungen und Sparmaßnahmen in den Griff kriegen lässt. Die aktuelle Krisensituation ist eine strukturelle Krise des Kapitalismus. Jener macht durch Rationalisierungen bei nahezu gleich bleibenden Profiten lebendige, abstrakte Arbeit überflüssig; und damit auch Menschen und deren Teilhabe. Da Arbeit im Kapitalismus das einzige Mittel zu Existenzsicherung darstellt, müssen viele ohne oder mit sehr eingeschränkten Reproduktionsmöglichkeiten zurecht kommen.

#### Wie? Was? Arbeit?

Arbeit wird oft als transhistorischer Begriff genutzt, der Tätigkeiten beschreiben soll, die zwischen Mensch und Natur vermitteln und Dinge zur Bedürfnisbefriedigung herstellen. Arbeit im Kapitalismus beschreibt jedoch spezifisch historisch die Herstellung von Mehrwert. Durch Arbeit werden Dinge hergestellt, die als Waren getauscht werden. Man tauscht sie gegen Geld, das letztlich nur ihr Wertverhältnis ausdrückt (1 Brot à 2 € = 4 Brötchen à 50 Cent). Woher kommt die Gewissheit über den Wert?

In den getauschten Waren manifestiert sich ein Doppelcharakter, der sich aus dem Gebrauchswert (z.B. Essen) und dem Wert (durch Geld ausgedrückt) zusammensetzt. Während der Gebrauchswert zwar nötig ist, um Waren abzusetzen, ist der Mehrwert der eigentliche Grund der Produktion, denn der wird durch menschlich verausgabte Arbeitszeit erzielt; durch die gesellschaftlich notwendige Durchschnittsarbeitszeit – abstrakte Arbeit. Bedürfnisbefriedigung ist nicht der Motor des Kapitalismus, Mehrwertgenerierung, eine abstrakte und sinnentleerte Maschinerie, die den Mehrwert um seiner selbst willen immer fort steigert. Wie sonst ist es zu erklären, dass Lebensmittel vernichtet werden, statt sie zu verteilen, dass Ressourcen verballert werden für nichts als die Verwertung (z.B. Biodiesel, Maissirup...), dass Lager voll sind und in der Produktion trotzdem rationalisiert wird.

#### Konkurrenz, Produktion, Überproduktion

Auf dem Markt stehen alle zueinander in Konkurrenz, Arbeiter\*innen, Unternehmen und Staaten (Standorte). Rationalisierung scheint eine Zauberformel zu sein, die aus Unternehmersicht die eigene Produktion retten soll, indem sich dadurch Vorteile gegenüber der Konkurrenz ergeben.

Die Produktion ist durch Rationalisierungen längst im gesellschaftlichen Durchschnitt überproduktiv. Der Rationalisierungszwang und die resultierende Beschleunigung der kapitalistischen Produktion ist gleichzeitig ihr Ruin. Eine Verringerung der in der

produzierten Ware vergegenständlichten Arbeitszeit hat für die einzelne Ware eine Wertminderung zur Folge. Die früher oder später einsetzende Unrentabilität der Produktion bedeutet ihren Stillstand. Trotzdem ist Kostensenkung für das einzelne Unternehmen sinnvoll. Das eigene Stück Kuchen wird vergrößert, in dem man den gesamten Kuchen verkleinert. Super Lösung.

Die Rechnung geht gesamtgesellschaftlich natürlich nicht auf, denn durch den Wegfall von Arbeit und/oder Zunahme prekärer Arbeitsverhältnisse wird die Wertvermittlung über die abstrakte Arbeit immer wackeliger, da in den Produktionsprozessen immer mehr Menschen überflüssig werden, die dem System dann sozusagen auf der Tasche liegen und der Verelendung ausgesetzt sind. Dies hat fatale Folgen für die Binnenmärkte. Für Deutschland war das bis vor Kurzem kein Problem. Hier wurden dank Hartz4 und Agenda 2010 Billiglöhne und schlechte Arbeitsbedingungen staatlich, aber auch gewerkschaftlich forciert, um den Standort zu sichern. So konnte sich auf nicht-deutsche Absatzmärkte verlassen werden, die mit den deutschen Lohnstückkosten nicht konkurrieren konnten.

#### Miese Krise

Die allgemeine Unrentabilität dieses Produktionswettlaufs ist seit Jahrzehnten erreicht und wird nur noch durch ausufernde Staatsverschuldungen und Kapitalflucht in die Finanzmärkte übertüncht. Dort ist jedoch spätestens der Lack ab, seitdem flächendeckend Finanzblasen platzen und dadurch das kapitalistische Weltgetriebe von innen gefährden. Die Staatsverschuldungen sind am Rande ihrer eigenen Glaubwürdigkeit angekommen. Hektische Rettungsmaßnahmen zielen auf die monströsen Symptome, sind jedoch nichts anderes als Aufschiebungen der Probleme und letztendlich die Entscheidung zwischen Pest und Cholera. Was gibt es denn für Möglichkeiten? Für weitere Binnennachfragen die Gelddruckpressen anschmeißen und weiter Staatsschulden machen, was jedoch zur Währungsentwertungen in Form von Inflation führen würde und große Teile der Menschheit in noch mehr Armut stürzen würde. Oder die Staatsverschuldungen eindämmen und die Finanzmärkte regulieren, wobei die Nachfrage nach Waren weltweit einbrechen würde mit einer Kettenreaktion, die dann ebenfalls weite Teile der Menschheit in noch mehr Armut stürzte, weil bei beiden Optionen die letzten Bemühungen um Eingrenzung sozialen Elends oder ökologischen Kollabierungen der Umwelt dem Rotstift zum Opfer fallen würden.

### Gewerkschaften und so

Über die Geschichte der Arbeiter\*innenbewegung, ihrer Höhen und Tiefen und theoretischen Grundlagen, wollen wir uns jetzt nicht auslassen. Nur so viel sei gesagt: Arbeiter\*innenbewegungen, die die abstrakte Arbeit vom Kapital befreien wollen, haben nicht verstanden, dass die mehrwertbildende Arbeit Grundlage des Kapitalismus ist, aber auch ohne ihn nicht existieren würde. Das eine bedingt das andere, die Durchsetzungsgeschichte der Arbeit geht mit der des Kapitalismus einher. Der Mehrwert, wird auch nicht von Kapitalist\*innen gerafft, sondern reinvestiert. Forderungen nach einer Veränderung der Distributionsweise sind überflüssig. Eine Umverteilung der Reichtümer von oben nach unten ist schlicht nicht möglich, da der Reichtum der Reichen im geringsten Maße aus ihrem persönlichen Luxus besteht, sondern aus Wertpapieren und Kapitalanlagen, die fest im kapitalistischen Akkumulationsgetriebe verankert sind.

Deutschland hat die Eurozone kaputt konkurriert und den eigenen Binnenmarkt zusammenbrechen lassen. Bekanntermaßen haben die Hartz-Gesetze einen stattlichen Beitrag geleistet, aber auch Arbeitskampfinstitutionen wie der DGB lassen nichts über den Standort kommen.

"Wenn sie sich ansehen, was in den letzten 20 Jahren in diesem Land geschehen ist; Personalabbau, Anpassung, Veränderungen ohne Revolten oder große soziale Unruhen – das alles wäre ohne die Bindekraft der Gewerkschaften nicht möglich gewesen", Michael Vassiliadis (IG Bergbau, Chemie, Energie). …soviel Eigenlob zur Selbstaufgabe… Schon viel zu oft griffen Teile der Gewerkschaften in die antisemitische Trickkiste und machten blutsaugende zylindertragende internationale Hedgefonds für die Miseren verantwortlich. Irgendwo muss ja das Böse herkommen, wenn nicht vom eigenen gehüteten Standort der "Sozialpartnerschaft".

Heute wirft IGM Chef Berthold Huber den spanischen Genoss\*innen vor, zu sehr auf den Erhalt des Kündigungsschutzes und der Reallöhne zu drängen. Was man in Deutschland schon gut kann, nämlich Arbeitsbedingungen aufgeben um den Standort zu erhalten, haben die Gewerkschafter\*innen in Südeuropa noch zu lernen. Wäre ja auch blöd wenn die Produktion letzten Endes nach Asien abwandern würde. Es scheint, als verstünden sich die Großen in den Gewerkschaften als assimilierte Borg, die nötige Rationalisierungen automatisch ausführen, nichts weiter als eine logische Einheit, um wenigstens ein bisschen Kapital im Lande zu halten, statt wenn auch reformistisch wie einst, den Arbeitsalltag erträglicher zu machen. Der Groschen ist gefallen: der Kapitalismus hat gesiegt – sie werden assimiliert werden.

#### Schaffe, Schaffe, Häusle bauen

Gerade wegen der Widersprüche der abstrakten Arbeit und der Wertvermittlung gibt es einen Arbeitsethos, der seines gleichen sucht. Man kann nicht die einen bis zur Erschöpfung in die Produktion treiben und die anderen links liegen lassen, steckte nicht auch Ideologie dahinter. Wer fleißig und flexibel ist, darf arbeiten und gut leben – die anderen nicht. Mit der Deregulierung und Prekarisierung der Beschäftigungsverhältnisse stimmt selbst diese Faustregel nicht mehr.

Die Jobcenter haben sich zur Hauptaufgabe gemacht, aus der Verwertung Herausgefallene ständig der Form nach zur Arbeit zu konditionieren, die es für jene längst nicht mehr gibt. Seien simulierte Beschäftigungsverhältnisse auf dem sogenannten 2.Arbeitsmarkt, Anwesenheitspflicht, Formulare, oder sonstiger zur Perfektion getriebener Diebstahl der Lebenszeit, die man besser oder nach antikem griechischen Vorbild zum Müßiggang hätte nutzen können. Der Zwang ist jedoch nicht nur institutionalisiert sondern von den meisten Menschen verinnerlicht. Volksweisheiten wie "wer nicht arbeitet soll auch nicht essen" oder "Hauptsache Arbeit" verdeutlichen das.

Die Identifikation mit dem Beruf und die Loyalität zum Arbeitgeber sind Teil unserer Gesellschaft. Als minderwertiges Menschenmaterial müssen diejenigen als Ursache für soziale Fehlstände herhalten, die sich nicht wehren können, diejenigen, die am Arbeitsmarkt nicht Teil haben können. Je weniger abstrakte (Lohn-)Arbeit vorhanden ist, desto mehr droht die Allgemeinheit zur Hatz auf "die Faulen" zu blasen und von ihnen Demut zu verlangen. Sie unterliegen trotz ihrer augenscheinlichen Überflüssigkeit auf dem Arbeitsmarkt dem Rechtfertigungszwang, der sie entgegen ihrer eigenen Erfolglosigkeit auf Trab hält. Der

verinnerlichte Arbeitsethos als Teil der Konstitution des bürgerlichen Subjekts entpuppt sich immer mehr als gewalttätig – vor allem auch gegenüber sich selbst!

Eine selbstbewusste Arbeiterklasse hingegen, die stolz darauf ist, ein wichtiger Teil der kapitalistischen Produktion zu sein und ihren Selbstwert in der Ausführung der abstrakten Arbeit sieht, kann auch nie ernsthaft als revolutionäres Subjekt gedeutet werden, da ihre objektive Bestimmung und ihre Verfasstheit durch den Arbeitsethos an dem Erhalt der kapitalistischen Verhältnisse ausgerichtet ist.

Es kann nicht unsere Intention sein, den 1.Mai als "traditionsreichen Tag der Arbeiterbewegung" oder noch schlimmer "Tag der Arbeit" vor den Nazis zu retten. Es ergibt wenig Sinn, sich als kleinsten gemeinsamen Nenner mit diffusen Argumenten auf einen Haufen marginalisierter Nazis und deren platten Parolen zu stürzen, auch wenn wir die Gefahr, die von ihnen ausgeht, nicht klein reden wollen.

Vielmehr geht es darum, nach sozialen Kämpfen Ausschau zu halten, die nicht wieder trotz aller Beteuerungen in einer Positionierung und Etablierung innerhalb des kapitalistischen Systems münden, sondern dessen Überwindung herbeiführen. Nach einfachen und schnellen Antworten sieht dieses Vorhaben nicht aus. Vielmehr sollte eine negatorische Kritik, die mit alten Gewissheiten aneckt, den Weg für neue Perspektiven frei räumen, die eine revolutionäre Linke dringend benötigt, um nicht in den Beschwörungen der alten meist traditionsmarxistischen "Größe" zu erstarren.

Sagt nein zur Arbeit, nein zur Reform und tanzt mit uns und für die Revolution. Träumt mit uns von einem ganz anderen Ganzen.

LASST'S KRACHEN!

#### Aufruf der FAU Thüringen: Wir wollen Lohnsklaverei nicht einmal für Deutsche...

Am Abend des 1. Mai 1886 fand in Chicago auf den Haymarket eine Arbeiterversammlung statt, welcher ein mehrtägiger Streik für die Durchsetzung der 40-Stunden-Woche folgte. Am 3. Mai wurden daraufhin bei einer Auseinandersetzung zwischen Arbeiter\_innen und der Polizei zwei Arbeiter getötet. Worauf hin bei einer Protestkundgebung am folgenden Tag eine Bombe geworfen wurde, nachdem die Polizei diese Kundgebung stürmte. In Folge dessen starben sieben Polizisten und mehrere Arbeiter wurden verletzt. Bei den darauf folgenden Auseinandersetzungen wurden über 200 Arbeiter\_innen verletzt und über 20 verloren ihr Leben.

Acht Anarchisten, welche die Versammlung des 4. Mai organisiert hatten, wurden von der Polizei festgenommen und wegen Verschwörung angeklagt. Obwohl ihnen keine Beteiligung an der Bombenexplosion nachgewiesen werden konnte, wurden vier von ihnen – August Spies, Adolph Fischer, George Engel und Albert Parsons – per Strang hingerichtet. Louis Lingg beging Selbstmord in seiner Zelle und drei weitere – Oscar Neebe, Michael Schwab und Samuel Fielden – wurden zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt.

Auf dem Gründungskongress der Zweiten Internationalen 1889 wurde der 1. Mai als Gedenken der Opfer der Haymarket Riots als "Kampftag der Arbeiterbewegung" ausgerufen und im Jahr 1890 das erste mal weltweit mit Streiks und Demonstrationen begangen. Immer wieder stand dabei die Forderungen nach der 40-Stunden-Woche im Mittelpunkt, also die Forderung nach einer Arbeitszeitreduzierung und nicht der Ruf nach mehr Arbeit, wie im lächerlichen Aufruf der Nazis zum diesjährigen ersten Mai.

An diesem Tag wollen die Nazis in Erfurt auf die Straße gehen und ihre Dumpfheit der Öffentlichkeit präsentieren. Ein Vorgeschmack liefert ihr Aufruf, welcher aus zusammen geklauten Phrasen auf Bild-Niveau bis hin zum FDP-Slogan reicht. Als ob es nicht genug wäre, mangelhaftes Wissen über die Geschichte des 1. Mai und ihre vollkommene Unkenntnis über kapitalistische Strukturen und Mechanismen zur Schau zu stellen, unterlaufen sie ebenso ihr eigenes von je her pseudo-revolutionäres Getue. Die Nazis beweisen mal wieder, dass sie angekommen sind im System und nur der konsequenteste Ausdruck der ganzen Menschenverachtung der bürgerliche-kapitalistischen Gesellschaft sind. Aber wenden wir uns dem zu, was die Nazis zur Arbeit zu sagen haben. Folgende Zitate sind ihrem Aufruf entnommen (Stand Januar 2013).

### 1. "Arbeit für alle Deutschen!"

Schon im ersten Satz wird die Verfangenheit der Nazis im bürgerlichen Denken deutlich. Statt Arbeit als ein notwendiges Übel zu begreifen, welches es möglichst zu reduzieren gilt, ertönt hier der Ruf nach mehr Arbeit. Der Zwang der kapitalistischen Wirtschaftsweise auf die doppelt freie\_n Lohnarbeiter\_innen – frei sich zu verkaufen und frei von Produktionsmitteln – wird hier zur Forderung erhoben.

### 2. "Die menschenverachtende Zeitarbeit muss aufhören und die Lohnsklaverei einschlägiger Firmen muss beendet werden."

Der richtigen Forderung der Abschaffung der Zeitarbeit, wie beispielsweise in Namibia längst diskutiert, folgt sofort die offensichtliche Unkenntnis der kapitalistischen Zusammenhänge. Während gerade gefordert wurde "Lohnsklaverei für alle Deutschen", wird jetzt eine

besondere Form der Lohnsklaverei / -arbeit, die Zeitarbeit, verworfen. Ohne Frage sind die Bedingungen in der Zeitarbeit noch beschissener als bei "normaler" Lohnarbeit. Aber eine schlechtere Bezahlung, weniger Urlaubstage oder Umgehung der Kündigungsschutz macht noch lange keinen qualitativen Unterschied zu "normaler" Lohnarbeit. Jener Selbstverkauf der eigenen Arbeitskraft, also die Aufgabe der Selbstbestimmung über die eigene Tätigkeit und damit verbunden über seine eigene Lebenszeit, ist polemisch als Lohnsklaverei zu bezeichnen. Die richtige Forderung wäre entsprechend das Ende der Lohnsklaverei und damit des Kapitalismus. Also die Forderung nach einer anderen Gesellschaftsorganisation. Soweit wird hier natürlich nicht gedacht. Sie wollen nur die gleiche Scheiße in braun.

#### 3. "Arbeit muss sich wieder lohnen!"

Scheinbar kommt hier wieder zusammen, was zusammen gehört. Die kameradschaftlichen Nazis bedienen sich beim FDP Wahlkampfslogan von 2009 und mensch fühlt sich fast an die Anfangszeiten der Bundesrepublik erinnert, wo schon einmal ganze Landesverbände der FDP aus Nazis bestanden, damals allerdings noch aus waschechten. Wir begrüßen aber ausdrücklich das hier schon verbal vollzogene Zusammengehen mit der FDP und hoffen auf ein baldiges strukturelles. Dann sind sie endlich auch personell im bürgerlichen System angekommen und können mit den ganzen anderen Sozial-Chauvinist\_innen und bürgerlichen Rassist\_innen ihren Unsinn verbreiten. Dabei verbleiben sie dann zumindest im Rahmen der bürgerlichen Rechtsstaat.

## 4. "Genauso müssen Massenentlassungen um den Aktionären zu gefallen, und die Bilanzen zu retten sanktioniert werden."

Und wieder nichts verstanden. Aktionär\_innen gefällt im wesentlichen eine hohe Rendite, wie allen Kapitalist\_innen: sprich die positive Differenz zwischen investiertem Kapital und Gewinn am Ende soll möglichst groß sein. Dafür ist dem Kapital in der Regel jedes Mittel recht und nicht nur recht, sondern die kapitalistisch-immanenten Mechanismen zwingen es dazu. Das Kapital, welches nicht möglichst rentabel ist wird im allumfassenden bürgerlichen Konkurrenzkampf den kürzeren ziehen. Es wird von profitableren Kapitalen vom Markt verdrängt und seine Besitzer\_innen ins Proletariat absteigen, sprich Lohnsklaven, frei von Produktionsmittel werden. Aber wir wissen bereits, dass dies ja quasi die Forderung der Nazis ist. Daher wohl auch die Ignoranz gegenüber positiven Bilanzen. Es scheint nur konsequent die Unternehmen in den Ruin zu treiben, wie dadurch allerdings Massenentlassungen verhindert werden soll bleibt das Geheimnis der Kamerad innen.

# 5. "Es kann nicht angehen, dass man tausende Beschäftigte entlässt, nur um die eigenen Taschen zu füllen, und diese Arbeiten durch Zeitarbeiter machen lassen!"

Mit ein wenig Verstand offenbart sich hier der fundamentale kapitalistische Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit: Ersteres will möglichst wenig Kapital in Lohn investieren, während letztere, also die Lohnsklaven, ihre Haut möglichst teuer auf den Markt verkaufen wollen. Hier wird die wesentliche Spaltung der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft deutlich, zwischen jenen, die die Kontrolle über die Produktionsmittel haben und jenen, denen diese Produktionsmittel fehlen und die dadurch gezwungen sind, sich auf den Arbeitsmarkt zu verkaufen.

Das ist natürlich zu komplex für die Kamerad\_innen, was schon an der unsinnigen Unterscheidung zwischen "Beschäftigten" und "Zeitarbeiter" deutlich wird. Sind letztere etwa keine Beschäftigten? Hier werden nur Kategorie A der Lohnsklaven (Beschäftigte) gegen die Kategorie B (Zeitarbeiter\_innen) ausgetauscht. Kapitalistischer Normalvollzug! Ob die Kategorie B dabei aus Zeitarbeiter\_innen, migrantischen Arbeitnehmer\_innen oder Arbeitnehmer\_innen rund um den Globus besteht ist egal. Entsprechend gilt es, alle Unterscheidungen innerhalb der Klasse von Lohnarbeiter\_innen zu überwinden und sich gemeinsam gegen das kapitalistische System zu Wehr zu setzen. Eine Forderung, welche natürlich zu viel für den deutschen Durchschnittsnazi ist, welcher lieber in seiner bürgerlichen Ideologie verharrt und auf den Unterschied zwischen schwarz, braun, gelb etc. und schweinchenrosa pocht, anstatt zu versuchen die kapitalistischen Mechanismen zu durchschauen und eine wirkliche Opposition gegen die herrschenden Verhältnisse zu bilden.

Trotz des selten dummen Aufrufs sind Nazis nach wir vor eine Gefahr für alle diejenigen, welche nicht in ihr beschränktes Weltbild passen. Sie sind und bleiben der konsequenteste Ausdruck der bürgerlichen Ideologie und damit die nützliche Idioten für Staat und Kapital. Entsprechend gilt es sich Ihnen den Weg zu stellen fernab bürgerlicher Nestwärme in Menschen- und Lichterketten.

Allerdings für wichtiger erachten wir es, den Nazis den Nährboden, also die bürgerliche Gesellschaft, zu entziehen. Dafür gilt es die gesellschaftlichen Verhältnisse, in denen wir leben, zu analysieren, zu verstehen und mit andere Menschen zu diskutieren. Das geht allerdings nicht über irgendwelche breiten "zivilgesellschaftlichen Bündnisse" oder DGB-Einheitsbrei. Vielmehr sollten wir versuchen, abseits davon, für eine andere Gesellschaft zu kämpfen, in der nicht für einen anonymen Markt, sondern in syndikalistischer Selbstverwaltung für die Bedürfnisse der Menschen produziert wird.

Deswegen rufen wir zur Beteiligung an der Nachttanzdemo "Lasst's krachen! Soziale Revolution statt autoritärer Krisenbewältigung!" am 30.04.13 in Erfurt und Aktivitäten am 1. Mai auf!

### Aufruf von Einzelpersonen aus dem Infoladen Sabotnik: Kapitalismus tötet – Kampf dem Kapitalismus!

Rosemarie Fliess ist tot. Sie starb am 11. April 2013 in Berlin, zwei Tage nachdem sie wegen Mietschulden aus ihrer Wohnung geworfen wurde. Dass der Kapitalismus Opfer fordert, ist nichts Neues. In Spanien und Griechenland sind Selbstmorde von Krisenopfern fast schon Alltag, weltweit verhungert alle drei Sekunden ein Mensch. Dass Kapitalismus arm und krank macht, ist im System angelegt – schließlich geht es im Kern nicht darum, Bedürfnisse zu befriedigen, sondern das Profitkarussell am Laufen zu halten. Wie die Krisendynamik im Einzelnen aussieht, ist allerdings eine Frage von Kämpfen.

#### Die Frage lautet: Wer zahlt am Ende für die Krise?

Eigentlich war die Zeit schon Ende der 1980er Jahre reif für den Crash. Angefeuert durch die hohe Produktivität war materielle Produktion schon damals nicht mehr sonderlich profitabel. Hunderttausende fertig produzierte Autos standen auf Halde und fanden keine zahlungsfähigen Abnehmer\_innen. Außerdem gab es Arbeitskämpfe im großen Stil z.B. bei VW und in Pflegeberufen. Ein Glücksfall für den Standort war in dieser Situation der Zusammenbruch des Ostblocks. Der Gewinn von 17 Millionen neuen Kund\_innen in der ehemaligen DDR, neue Absatzmärkte und billige Arbeitskräfte waren die zeitweilige Lösung für die damalige Überproduktionskrise. Außerdem drängte der nationale Taumel und der Ruf nach Einheit soziale Kämpfe in den Hintergrund. Die Frage, wer die Kosten der Krise tragen muss, war damit erst mal verschoben – durch die neuen Märkte im Osten und durch die Zerfallskriege in Südosteuropa. Sie boten immense Möglichkeiten der Kapitalverwertung – nachhaltig in dem Sinne, dass deutsches Kapital sowohl an der Zerstörung als auch am Wiederaufbau verdienen konnte.

In den 2000er Jahren kam die Frage nach der Verteilung der Krisenkosten zurück auf die bundesdeutsche Tagesordnung. Leider war zu dieser Zeit die Seite der Arbeiter\_innen denkbar schlecht aufgestellt und so ließ sich 2005 von einer SPD/GRÜNE-Regierung die Agenda 2010 durchsetzen. Wir erinnern uns: Hartz IV war der Bruch des an Integration und begrenzter Umverteilung orientiertem Klassenkompromiss 1970er Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe wurden auf einem Niveau unterhalb der alten Sozialhilfe zusammengefasst und durch massive Repressionen ergänzt. Die Versorgung von Erwerbslosen entwickelte sich vom Rechtsanspruch zum Almosen, auf das man erst Anspruch hat, wenn jegliches Vermögen aufgezehrt ist. Das neue Motto war "Fordern und Fördern" im Sinne von "Wer nicht arbeitet soll auch nicht essen". Das wird seitdem durchgesetzt mit Schikanen, Maßnahmen, Kürzungen und dem Aufbau von dauerhaftem psychischen Stress gegen die Leistungsempfänger innen. Die Zunahme prekärer Beschäftigung war direkte Folge der Reformen, besonders betroffen davon sind Frauen, Migrant innen und der Reproduktionssektor.

Ziel der Reformen war, Deutschland im globalen Wettbewerb nach Vorne zu bringen – und das ist gelungen. Die Flexibilisierung und Liberalisierung des Arbeitsmarktes hat die industrielle Reservearmee in die Defensive gedrängt und dadurch niedrige Tarifrunden möglich gemacht. So wurden die Lohnstückkosten gedrückt: beste Bedingungen für den Konkurrenzkampf der Standorte. Entsprechend brummt die exportorientierte Außenhandelswirtschaft, wodurch die Konkurrenten in der Eurozone regelrecht zu Tode gewirtschaftet werden konnten. Produktive Sektoren wurden vom nördlichen Osteuropa bis

nach Südeuropa zerschlagen. Wer wieder gewinnt – diesmal ohne Krieg – ist das deutsche Kapital, das auch heute noch Waffen nach Griechenland liefert.

#### Wer hat also für die Krise gezahlt?

"Wir zahlen nicht für eure Krise", das Motto der Krisenproteste 2009, war daher eher verspäteter Wunsch, als Realität. Die Hartz IV-Empfänger\_innen und Prekarisierten haben schon für die Krise bezahlt und zahlen weiter: Die Reallöhne in der BRD sind zwischen 2000 und 2012 um 1,8% gesunken, die Unternehmensgewinne um 50% gestiegen (so das WSI-Tarifarchiv der Hans-Böckler-Stiftung im Februar 2013). Arbeitslose erhalten heute im Schnitt 10% weniger als vor den Reformen (Durchschnitt aus Beispielen der ARGE München (2004) – nicht inflationsbereinigt, die realen Kürzungen sind also noch größer). Wer in Zukunft zahlt, wird in den nächsten Monaten neu entschieden.

Wenn wir uns nicht wehren, wird uns der Kapitalismus noch mehr an den Kragen gehen. Die Kämpfe müssen wieder anfangen, auf europäischer Ebene, besser noch weltweit. Einer der ersten Versuche war der europäische Streik- und Aktionstag am 14.11.2012. Weiteres muss folgen. Es geht darum, konkret bessere Lebensbedingungen von Menschen zu erkämpfen. So lange der Kapitalismus real existiert bedeutet das auf materielle Ebene, mehr Geld nach unten zu verteilen. Es reicht nicht aus, dass die Menschen in Spanien, Portugal und Griechenland den Klassenkampf von Oben zurückweisen, es ist höchste Zeit, dass Arbeiter innen, Prekäre und Erwerbslose es auch in der BRD krachen lassen.

Die Kämpfe dürfen natürlich nicht bei der Frage stehen bleiben, wer für die Krise zahlt, wer sich daran gesund stößt und wer verhungert. Im Kapitalismus kommen Krisen immer wieder, sie ergeben sich aus seiner inneren Dynamik. Perspektivisch muss es darum gehen, diesen Kreislauf zu beenden – damit niemand mehr verhungern muss. Das wird sich nur aus konkreten Kämpfen heraus machen lassen. Ziel dabei muss sein, sich Produktions- und Reproduktionsmittel selbstverwaltet und kollektiv anzueignen, um im richtigen Moment das Ruder der Geschichte herumzureißen und endlich das Hauen und Stechen des real existierenden Kapitalismus zu beenden.

Dass das in aktuellen sozialen Auseinandersetzungen nicht auf der Tagesordnung steht, darf nicht heißen, die kämpferische Perspektive zugunsten einer zynischen aufzugeben. Es ist Zeit, die K-Frage auf die Tagesordnung zu setzen.

Eine Idee dazu ist, gemeinsam mit anderen im Herbst 2013 die Krisenerfahrungen in einen kollektiven Widerstandsprozess von unten zu transformieren – indem wir gleichzeitig mit einem europäischen Generalstreik oder einem Generalstreik in Spanien den kapitalistischen Alltagsbetrieb für einen Tag (oder auch länger) mit den unterschiedlichsten Mitteln stören und uns solidarisch aufeinander beziehen – im Betrieb, in der Uni, in der Schule oder auf der Straße. Am 30.4. lassen wir's krachen – danach geht die Vernetzungs- und Organisierungsarbeit weiter. Wer ist dabei?

#### 5. Weitere Redebeiträge und Reaktionen

### Redebeitrag der Antifa Arnstadt-Ilmenau: Zur Kritik der bürgerlichen Mobilisierung gegen den Naziaufmarsch

Morgen wollen in Erfurt der Nazi Michael Fischer und seine Mischung aus Karnevalsverein und verspäteter SA aufmarschieren. Dagegen mobilisiert ein bürgerliches Bündnis, das sich darum bemüht hat, sich einen gesellschaftskritischen Anstrich zu verpassen. Um es vorwegzunehmen: Wir halten die Mobilisierung dieses Bündnisses für eine durch und durch konformistische Veranstaltung und raten von einer Teilnahme an den Aktionen dringend ab; nicht weil wir möchten, dass die Nazis laufen können, sondern weil wir uns mit der Teilnahme an einer solchen Aktion in ein Spektakel einfügen, das nichts anderem dient als der Profilierung dieser Stadt und dieses Landes als weltoffen und tolerant. Wie solche Blockaden in der Vergangenheit abliefen, ist bekannt. Einige hundert Menschen blockierten die Straßen, unter ihnen großteils Antifas, Punks, radikale Linke. Im Nachhinein durfte man lesen, hören und sehen: "Stadt XY wehrt sich gegen Naziaufmarsch". Wir wollen diese Stadt, dieses Land nicht vor den Nazis verteidigen, wir wollen kein Teil einer Aktion werden, die dahingehend ausgelegt wird. Uns geht es nicht nur um die Nazis und ihre Aufmärsche. Wir betrachten die Naziideologie als notwendigen Teil dieser Gesellschaft. Die Ideologie der Nazis repräsentiert eine radikalisierte Form der bürgerlichen Ideologie, ihre Krisenform. Uns geht es darum die Ambitionen der Nazis als der Gesellschaft innewohnende Tendenz ihrer falschen Aufhebung begreifbar zu machen und damit die menschenverachtende bloßzustellen.

Der Aufruf des "Keinen Meter"-Bündnisses genügt diesem Anspruch nicht im Mindesten. Er ist vielmehr Ausdruck geschichtslosen Bewusstseins, eines Denkens, das sich frisch-fröhlich ans Werk macht und allen historisch-gesellschaftlichen Entwicklungen gegenüber blind ist; ein Denken, das mit der Herrschaft gemeinsame Sache macht, weil es zum Vergessen anleitet. Wir haben die Geschichte dieses Landes nicht vergessen, wir haben die niedergeschlagenen Kämpfe um eine andere Gesellschaft nicht vergessen, wir haben die Niederlagen, die mit dem 1. Mai verbunden sind nicht vergessen, wir haben die Räumung des Besetzen Hauses nicht vergessen, wir haben die unzähligen Übergriffe durch den Staat und seine Hüter nicht vergessen. Jeder Kampf kann nur mit dem Bewusstsein dieser Vergangenheit geführt werden, er muss in dem Bewusstsein geführt werden, dass die Bedingungen der faschistischen Barbarei in der kapitalistischen fortdauern. Ohne das Bewusstsein um die Menschenfeindlichkeit dieser Gesellschaft, die ihre Grundlage in den Formbestimmungen der Warenproduktion hat, ist jeder Kampf zur Affirmation der bestehenden Verhältnisse verdammt, er endet im Räderwerk einer Ordnung, die sich alles einverleibt, was nicht ihre Aufhebung bedeutet. In solchem Bewusstsein sind die Kämpfe gegen Naziaufmärsche zu führen. Wo sie nicht übergehen in eine kategoriale Kritik der bestehenden Gesellschaft, wo sie nicht die Aufhebung der Naziideologie mit der sie bedingenden Gesellschaftsordnung implizieren, verfallen sie der Affirmation.

Die Politstrategen des Bündnisses mögen die Absicht leugnen, Imagepflege oder Affirmation der bestehenden Verhältnisse zu betreiben. Ihnen geht es tatsächlich nicht primär um die Reinhaltung des Stadtimages, sondern ihnen geht es um Deutungsmacht. Sie wollen mitmischen im Politikbetrieb. Dem liegt ein falsches Verständnis von Gesellschaft zugrunde. Diese Leute wollen Gesellschaft als eine Arena begreifen, in der um politische Einflüsse und Entscheidungen gerungen wird, in der sich Machtblöcke bilden und bewusst

gesellschaftliche Veränderungen durch politische Entscheidungen bewirkt werden können. Diese Spielart der Sozialdemokratie, so radikal sie sich geben mag, verendet immer dort, wo die Form jener kapitalen Vergesellschaftung unverstanden bleibt und ihre Logik daher über die linken Politstrategen hinweggeht, wo Wert- und Warenform kryptische Mysterien bleiben, über die man bei Marx lieber hinwegliest. Überhaupt gilt: Wer mitspielen will, muss die Regeln des Spiels akzeptieren und im Kapitalismus geht es bekanntlich nicht um die Befriedigung von Bedürfnissen, sondern die rastlose Vermehrung von Tauschwerten. Politik bedeutet dann, die unverstandenen und aus dieser Position unhintergehbaren Sachzwänge dieser Ordnung zu verwalten und zu organisieren. Ist dann beispielsweise kein Geld für die Integration von Flüchtlingen da, werden Abschiebungen gerechtfertigt mit eben solchen Sachzwängen. Gut sichtbar überall dort, wo Linke inzwischen mitregieren und abschieben. Eine solche affirmative Linke, die den Kommunismus höchstens als utopisches Ziel in weiter Ferne begreift, dem man sich mit kleinen Schritten nähern will und nicht als aufhebende Bewegung, die dem Elend nachdrücklich ein Ende macht, weil sie bei den gesellschaftlichen Formbestimmungen ansetzt, ist verzichtbar.

Eine Analyse der Entstehungsbedingungen von Naziideologie, ihr Zusammenhang mit der bestehenden mörderischen gesellschaftlichen Praxis, fehlt dem Aufruf des "Keinen Meter"-Bündnisses ohnehin. Die Anschlussfähigkeit des Aufrufes besteht wohl eher darin, dass hier mit der eigenen Borniertheit kokettiert wird. Die Beschränktheit des Denkens verbindet noch jene, die sich real jedes Butterbrot neiden. Den Nazis vorzuwerfen, sie wollen emanzipatorischen Bewegungen ihrer Traditionen berauben, ist so beschränkt wie vielsagend über den Zustand einer Linken, die sich noch in positiver Weise auf eine Arbeiterklasse in Deutschland bezieht und sich nicht die Frage stellt, wie Dinge, die sich Nazis zu eigen machen, als emanzipatorisch gelten können. Überhaupt verbleibt der Aufruf des "Keinen Meter"-Bündnisses, da wo es nicht um eine Chronologie rechter Aufmärsche in Erfurt geht bei pseudoradikalem Floskeltum oder Analysen auf dem Niveau wie der, dass im Kapitalismus Konkurrenzdenken verbreitet ist; eine Aussage mit dem Erkenntnisgewinn wie dem, dass Wasser nass ist.

Das reaktionäre Potential der Mobilisierung wird vor allem an den Nebengeräuschen deutlich. Überhaupt waren die Politstrategen von "Keinen Meter", aller berufsbedingten Borniertheit zum Trotz, zu clever oder vielleicht auch einfach nur zu gehemmt, um geradeaus auszuposaunen, worum es wirklich geht. So waren es vor allem die Kommentatoren des Aufrufes, die offen zum Heimatschutz aufriefen, weil es gelte, 'unser schönes Erfurt' vor den Nazis zu verteidigen und weil immer noch der Mob bestimmt, was diese Demokratie toleriert und was nicht. Die organisierten Nazis sind es aktuell grad nicht. Ein weiteres Beispiel für die Blüten, die die Mobilisierung trägt, findet sich in einem der drei Mobilisierungsclips der Filmpiraten. Darin ketten sich vier Menschen unter dem Leitsatz "Mehr riskieren" mit Fahrradschlössern am Hals aneinander fest, um als menschliche Blockade den Zweck der Verhinderung des Naziaufmarsches der eigenen Gesundheit überzuordnen. Menschen, die so vorgehen, überlassen sich der Willkür derer, auf die sie stoßen werden und das sind morgen entweder die Bullen oder die Nazis. Sich darauf zu verlassen, dass diese oder jene verantwortungsvoll mit einer solchen Situation umgehen, bedeutet nichts anderes als virtuell schon die eigene Gesundheit, vielleicht das eigene Leben für ein vermeintlich höheres Ziel durchzustreichen. Hier wird der vermeintliche Protest gegen einen Naziaufmarsch selber menschenverachtend, totalitär.

Wer also am 1. Mai mit dem "Keinen Meter"-Bündnis auf die Straße geht und sich einbildet, damit etwas anderes zu bezwecken, als die Reproduktion einer Ordnung, die die Nazis so

zuverlässig hervorbringt, der irrt. Was hier die Gestalt des Widerstands gegen einen Naziaufmarsch annimmt, ist nichts anderes als ein nur schäbig getarntes Projekt eines alternativen Verfassungsschutzes. Hier hat die radikale Linke, die den Nazis mit der sie hervorbringenden Gesellschaftsordnung ein Ende machen will, nichts verloren. In einer solchen Gesellschaftsordnung sind Rassismus und Antisemitismus keine Marotten des Benehmens oder menschliche Verirrungen, die man den Leuten wie schlechte Manieren durch Sozialarbeit, Menschenrechte oder gutes Zureden abgewöhnen kann, sondern gesellschaftlich-bedingtes, falsches Bewusstsein, das seinen Ursprung in der Bestimmtheit dieser Gesellschaftsordnung hat und nur mit ihr abzuschaffen ist. Rassismus wie Antisemitismus sind Ideologien, die ihre Träger vor der Einsicht in die eigene, gesellschaftlich-produzierte Überflüssigkeit schützen, zu der sie unterm Kapitalverhältnis verdammt sind. Wer rassistische und antisemitische Gewalt nachhaltig bekämpfen will, muss für die Abschaffung dieser Gesellschaftsordnung eintreten, anstatt sie ohne Not vor den Nazis verteidigen zu wollen.

Anstatt also den Nazis hinterher zu hetzen und sich dort niederzulassen, wo die Politstrategen des "Keinen Meter"-Bündnisses das anweisen, ginge es vorrangig erstmal darum zu verstehen, was den Protest gegen Nazis zu einer konformistischen Veranstaltung gemacht hat; warum die Nazis und ihre bürgerlichen Kritiker immerhin ihr gewolltes oder unbewusstes Engagement für den Standort bzw. die Aufrechterhaltung der herrschenden Ordnung verbindet; warum eine Gesellschaft, in der gemordet und ausgebeutet wird, nicht ihrer Abschaffung entgegengeht, sondern ihrer permanenten Reproduktion. Dafür bedarf es unversöhnlicher Kritik und keines pragmatischen Aktionismus, der sich mitschuldig macht. Hinter solcher Kritik steht der Wunsch oder vielmehr die verzweifelte Hoffnung auf etwas ganz anderes. Uns geht es um den Bruch mit dem Immergleichen, um den Sprung ins Offene, der sich seiner historischen und gesellschaftlichen Bedingtheit bewusst ist und gerade deswegen mit ihr brechen will. Nur in solcher unversöhnlicher Kritik scheint derzeit noch negativ das heute verstellte Morgen einer solidarischen und vernünftigen, also kommunistischen Gesellschaft auf. Dafür kämpfen wir.

### Redebeitrag des Club Communism: The Weather's Fine. Die Geschichte des 1. Mai als Geschichte der Niederlagen

Die Zweite Internationale erklärte vor 124 Jahren den 1. Mai zum Tag der Arbeiter\_innenbewegung, genauer: zum "Protest- und Gedenktag". Anders als Gewerkschaften und die linksradikale Szene heute, die meist euphorisch von einem "Feier"-bzw. "Kampftag" sprechen und damit den eigenen Sieg unhinterfragt mitunterstellen, wussten ihre Aktivist\_innen um die schmerzhaften Verluste, die mit diesem Tag verbunden waren.

#### 1886, Chicago

Die Geschichte des 1. Mai begann 1886 mit einem US-weiten Generalstreik zur Erkämpfung des Achtstundentages, bei dem je nach Quelle 300.000 bis 500.000 Arbeiter\_innen auf der Straße waren. In Chicago, einer Hochburg der Arbeiter\_innenbewegung, in der der Achtstundentag schon seit über 20 Jahren Forderung war, wurde am 3. Mai (der 2. Mai war ein Sonntag) eine Streikversammlung von der Polizei angegriffen, um Streikbrecher\_innen den Zugang zu einer Fabrik zu ermöglichen. Dabei tötete die Polizei sechs Arbeiter\_innen. In Reaktion auf diese Gewalt kam es am Abend des 4. Mai zu einer Kundgebung auf dem Haymarket, zu der anarchistische Gewerkschaftler\_innen aufriefen. Als die Polizei die Versammlung angriff, wurde ihnen eine Bombe entgegengeworfen, die einen Polizisten tötete. Daraufhin schoss die Polizei in die Menge, zahlreiche Arbeiter\_innen wurden verletzt, mindestens vier starben, aber auch zahlreiche Polizisten wurden durch die Gegenwehr der Arbeiter\_innen verletzt.

Am nächsten Morgen durchsuchte die Polizei die "Arbeiter-Zeitung", acht Anarchisten wurden festgenommen, und, wie die FAU Thüringen in ihrem Aufruf schon darstellte, ohne stichhaltige Beweise verurteilt: Fünf zum Tode, drei zu Haftstrafen. Es dauerte noch weitere 51 Jahre, bis der Achtstundentag der gesetzliche Normalarbeitstag wurde.

#### 1919, Hamburg/München

Im Zuge der versuchten Revolution im November 1918 bildeten sich auch in Hamburg Arbeiter- und Soldatenräte, die am 6. November die zentralen Punkte der Stadt besetzten und deren Regierungsgewalt vom bürgerlichen Hamburger Senat anerkannt wurde. 10 Tage später setzte die SPD gegenüber den Räten durch, dass die Macht wieder in die Hände des Senats gelegt wurde. Hamburg blieb formell Räterepublik, am 16. März 1919 erfolgten die ersten allgemeinen Wahlen. Die SPD gewann 50,5% der Stimmen und bildete, zum Beweis der Verlässlichkeit ihrer antirevolutionären Haltung dennoch eine Regierung zusammen mit den bürgerlichen Parteien; 1. Bürgermeister bleibt Werner von Melle, denn, so der SPD-Spitzenkandidat: "An die Spitze des hamburgischen Staates gehört ein Mann, der auch den alten Familien nahesteht". Die neu-alte Regierung führte Hamburg zurück in den Reichsverbund. Als Ersatz für die proletarische Revolution wurde 1919 der 1. Mai zum gesetzlichen Feiertag, der die Arbeiter\_innen mit der Ausbeutung versöhnen sollte.

Während in Hamburg gefeiert wurde, wurde die Münchner Räterepublik, laut SPD-Ministerpräsidenten Hoffmann eine "Diktatur der Russen und Juden", von Freikorps- und Reichswehrverbänden (letztere unter der Führung des SPD-Reichswehrministers Noske) eingeschlossen und am 3. Mai vollständig erobert. Die Münchner Räterepublik endete als

letzte Räterepublik in Deutschland. Zwischen 600 und 1000 Menschen starben als Kämpfer\_innen der Räterepublik oder wurden als tatsächliche oder vermeintliche Revolutionäre ohne Prozess hingerichtet. Weitere 2200 wurden zu Haft- oder Todesstrafen verurteilt.

#### 1933, Berlin

In der NS-Zeit wurde der 1. Mai deutschlandweit zum gesetzlich verankerten Feiertag. Er wurde durch ein Reichsgesetz vom 10. April 1933 zunächst als "Tag der nationalen Arbeit" eingeführt und am 1. Mai 1934 zum "Nationalen Feiertag des deutschen Volkes" erklärt. Ziel war dabei nicht der Ausgleich mit der Arbeiterbewegung, sondern ihre Vereinnahmung und Zerschlagung. Am 2. Mai 1933 wurden die Gewerkschaften in Deutschland verboten und Gewerkschaftshäuser gestürmt. Schon zuvor, am 21. März 1933, d.h. kurz nach der Machtübertragung an die NSDAP und den Reichstagswahlen Anfang März, hatte der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund (ADGB) angeboten, sich "in den Dienst des neuen Staates zu stellen". Außerdem erklärte er sich am 29. März für parteipolitisch neutral. Im Zuge dieser Anpassungspolitik rief der ADGB auch zur Beteiligung an den Maifeierlichkeiten 1933 auf, während bereits kommunistische Gewerkschaftsfunktionäre verhaftet und in Konzentrationslager gebracht wurden. Allein an der zentralen Veranstaltung der überall in Deutschland stattfindenden Maifeiern auf dem Tempelhoffeld in Berlin nahmen 1-1,5 Mio. Menschen teil – unter ihnen auch zahlreiche organisierte Gewerkschafter\_innen und Mitglieder des ADGB.

#### 1968, Paris

Nach andauernden Studierendenprotesten und -streiks wurde im Anschluss an den 1. Mai am Folgetag die Universität Nanterre geschlossen, eine Protestveranstaltung gegen die Schließung in Paris wurde von der örtlichen Universität untersagt. Daher wurde am 3. Mai die Sorbonne besetzt und am selben Tag von der Polizei geräumt, 200 Studierende wurden festgenommen. Im Anschluss kam es in Paris zu Straßenschlachten und am 5. Mai zu landesweiten Studierendenprotesten, von denen sich die Kommunistische Partei Frankreichs (KPF) distanzierte, da sie sich ihrem Führungsanspruch entzogen. Nach weiteren Unruhen räumte die Polizei am 10. Mai das Quartier Latin und nahm 500 Menschen fest. Die Gewerkschaften solidarisierten sich mit den Protesten und riefen für den 13. Mai zum Generalstreik auf. Am 14. Mai kam es zu zahlreichen Besetzungen von Unis und Schulen, die Arbeiter\_innen einer Flugzeugfabrik in Nantes nahmen ihre Arbeit nicht wieder auf und streikten wild. Studierende und Arbeiter\_innen kooperierten, die Streiks dehnten sich aus und am 16. Mai rief das Besetzungskomitee der Sorbonne auf:

"Besetzung der Fabriken, Alle Macht den Arbeiterräten, Abschaffung der Klassengesellschaft, Nieder mit der spektakulären Warengesellschaft, Abschaffung der Entfremdung, Ende der Universität."

Am 17. waren 200.000 im wilden Streik, am 18. schon zwei Millionen. Am 24. bot die Regierung Reformen des Bildungssystems und massive Lohnsteigerungen an, parallel wollten sie und die KPF ein Demonstrationsverbot beschließen. Am 30. lies Präsident de Gaulle sich öffentlich die Loyalität des Militärs versichern, nachdem schon Truppen um Paris zusammengezogen wurden, und drohte mit dem Ausnahmezustand. Als die Gewerkschaften umschwenkten und die Arbeiter\_innen aufforderten, ihre Arbeit wieder aufzunehmen,

bröckelte der Streik. Die Gewerkschaften behielten vorerst ihre Rolle als anerkannter Verhandlungspartner, die verbliebenden Streikenden wurden bis zum 18. Juni Stück um Stück von der Polizei aus ihren Fabriken geräumt.

An den hier dargestellten Ereignissen zeigt sich immer wieder auf unterschiedliche Weise: Die Geschichte des 1. Mai ist keineswegs eine Geschichte der Siege progressiver politischer Bewegungen – der 1. Mai ist die Geschichte ihrer Niederlagen. Die Niederlage der amerikanischen Arbeiter\_innen gegen staatliche Repressionen und Klassenjustiz, der Verrat der Sozialdemokratie an den Räterepubliken, das Aufgehen der Gewerkschaften und vieler Arbeiter\_innen in die nationalsozialistische Volksgemeinschaft, das in der Shoah mündete, und die Niederringung der Selbstorganisation der 68er Proteste in Frankreich, Hand in Hand durch Polizei, die kommunistische Partei und die Gewerkschaften.

Völlig geschichtsblind mutet daher die Formulierung des DGBs zum 1. Mai 2013 an, wenn sie diesen Tag als den Seinigen deklarieren. Damit leugnet er die Rolle der Gewerkschaften, in diesem Falle der ADGB, im frühen "Dritten Reich". Denn viele organisierte Gewerkschaftler\_innen beteiligten sich am 1. Mai 1933 an den zentralen NSDAP-Kundgebungen. Und auch wenn der DGB mit dem Slogan "Gute Arbeit. Sichere Rente. Soziales Europa." in "seinen" "Tag" startet und eine europäische Solidarität einfordert, ist seine Politik eine andere. Zusammen mit der Sozialdemokratie setzt er auf eine deutsche Solidarität, statt sich mit den Arbeiter\_innen Griechenlands, Portugals etc. zu solidarisieren. Die Gewerkschaften setzten sich eben weder für eine Steigerung der deutschen Stückkosten qua ernsthaften Lohnerhöhungen ein, um ihren Standortvorteil gegenüber diesen Ländern zu reduzieren und deren Lage etwas zu entspannen, noch beteiligen sie sich an europaweiten Protestaktionen. Sie verteidigen einzig nationalistische Interessen der deutschen Arbeiter\_innen. Hier zeigen sich die Grenzen der vielbeschworenen "Idee Europa", wenn nationalistische Interesse gegenüber globaler Solidarität überwiegen.

Insofern ist es absurd und falsch, wenn immer wieder den Neo-Nazis von jenen Gewerkschaftler\_innen und Sozialdemokrat\_innen vorgeworfen wird, sie rauben den 1. Mai und versuchen seine "gute" Tradition für ihre Zwecke zu nutzen. Das Motto der Freien Kräfte Thüringen "Arbeit zuerst für Deutsche" entspricht damit der gegenwärtig praktizierten Politik der Gewerkschaften: Ihnen geht es ebenfalls darum, ihre deutschen Interessen in der globalen Standortkonkurrenz durchzusetzen, dabei nehmen sie eine massenhafte Verelendung großer Teile der Bevölkerung etwa in Spanien und Griechenland in Kauf.

Letztlich ist diese Politik Ausdruck einer deutschen Volksgemeinschaft, die sich vom rechten politischen Spektrum bis weit ins linke erstreckt: Sie findet ihren wirkmächtigen Ausdruck im "sozial-partnerschaftlichen" Korporatismus des DGBs, in der "nationalen Sozialdemokratie" der SPD wie bei Die Linke – wenn etwa Lafontaine gegen Fremdarbeiter\_innen hetzt oder Wagenknecht gegen den "Kasinokapitalismus" den besseren, deutschen Kapitalismus herbeisehnt – sowie in der aktuellen Europapolitik der CDU/FDP-Regierung, die die deutsche Vorherrschaft in Europa abfeiert, wenn sie sich freut, dass in Europa wieder "deutsch gesprochen" wird; und natürlich in der neugegründeten "Alternative für Deutschland", die die D-Mark wieder einführen will, und nicht versteht, inwiefern der Euro Instrument der Durchsetzung deutscher Interessen war und ist.

Es gilt also nicht "unseren" 1. Mai gegen die Nazis zu verteidigen, sondern im Gedenken an die Geschichte des Tages den Volksgemeinschaftsgedanken zu bekämpfen. Dass dabei der

Widerstand gegen Neonationalsozialist\_innen und Faschist\_innen unabdingbar ist, zeigt die Geschichte ebenso wie die derzeitige Lage etwa in Griechenland oder Ägypten. Bei ihnen darf die Auseinandersetzung aber nicht enden, der 1. Mai erinnert ebenso daran, dass der wirklichen Bewegung mehr als nur Nazis, und auch mehr als Staat und Kapital, entgegenstehen.

Dementsprechend muss der 1. Mai als ein Tag der Niederlage progressiver Politik verstanden werden: Der 1. Mai ist auf jeden Fall kein Feiertag – der 1. Mai ist ein Gedenktag.

#### Antwortbrief des Club Communism auf den Aufruf der FAU Thüringen

Liebe Genoss\_innen der FAU Thüringen,

mit Interesse, aber auch mit Irritationen lasen wir Euren Aufruf zur "Lasst's krachen!"-Demonstration am 30.04. wie zu den Gegenaktionen zur Nazi-Demonstration am 1. Mai in Erfurt. In Eurer Analyse des Aufrufs der Neo-Nationalsozialist\_innen versucht Ihr herauszustellen, dass die Positionen der Nazis "pseudo-revolutionär" seien. Euer Ausgangspunkt wie Schluss dieser Analyse ist, dass die "Nazis (…) angekommen sind im System und nur der konsequenteste Ausdruck der ganzen Menschenverachtung der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft" seien. Zur Begründung benennt Ihr den falschen Begriff, den die Nazis sich vom Kapitalismus machen; in seinem Zentrum steht die Aufspaltung des Kapitals in "schaffendes" und "raffendes", in Produktion und Spekulation. Mit diesem falschen Begriff der Produktionsverhältnisse seien sie angeblich "der konsequenteste Ausdruck der bürgerlichen Ideologie und damit nützliche Idioten für Staat und Kapital".

Diese Aufspaltung entspricht aber weder unmittelbar der bürgerlichen Ideologie noch ist sie ihr "konsequentester Ausdruck". Wie Marx in der Kritik der politischen Ökonomie analysiert und am Ende des dritten Bandes noch einmal fazitär darstellt, erfasst die bürgerliche Ideologie die Produktionsverhältnisse entsprechend der "trinitarischen Formel" als Kooperation dreier, angeblich gleichermaßen wertschaffender Faktoren: Boden, Arbeit und Kapital. Mit dieser Verkennung des besonderen Charakters der Ware Arbeitskraft gegenüber anderen Waren und dem Charakter des Kapitals als sich durch Arbeit selbst verwertender Wert begründet die bürgerliche Ideologie zwar die Denkbarkeit des Finanzmarkts als von der (industriellen) Produktion getrennten Sphäre, gleichzeitig aber legitimiert diese Trennung die scheinbar losgelösten Spekulationsgewinne, die von Nazis als "raffendes Kapital" verdammt werden.

Ebenso ist Eure Gleichsetzung von bürgerlicher Ideologie und Rassismus verkürzt, da die bürgerliche Ideologie in ihrer Überhöhung der abstrakten Gleichheit des Tausches als universalistische "Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit" zugleich die Basis für die Kritik eben dieses Rassismus liefert.

Der Antisemitismus der Nazis, der in ihrer Spaltung von "schaffendem" und "raffendem" Kapital zum Ausdruck kommt, ist stattdessen, ebenso wie ihr Rassismus, Produkt der falschen Verarbeitung realer Verkehrungen. Der auch am eigenen Leib (als Träger der Ware Arbeitskraft) erlebte Doppelcharakter der Ware als konkretes und abstraktes, die Auflösung personaler Abhängigkeit in formelle Unabhängigkeit bei gleichzeitiger Austauschbarkeit und anonymer Abhängigkeit sowie die totalisierte Konkurrenz der Individuum darum, vom Kapitalprozess als Objekte erfasst zu werden, sind Bedingungen für die fortwährende Existenz von Antisemitismus und Rassismus in der bürgerlichen Gesellschaft, die auch, aber nicht nur bei Nazis ihren Ausdruck finden.

Die Diagnose, dass Antisemitismus und Rassismus nicht nur bei Nazis auftreten, darf jedoch nicht dazu verkommen, die Differenzen zwischen bürgerlicher Vergesellschaftung und Nationalsozialismus zu verwischen: Während erstere im Kern unvernünftige Rationalität ist, die als einziges Ziel die Vemehrung des Kapitals, G-G', kennt, ist letzterer mehr oder minder rationalisierte Irrationalität, deren eliminatorischer Antisemitismus – in der die Jud\_innen als Statthalter des Werts vernichtet werden sollten – der Bruch mit der bürgerlichen Ideologie und ihrer Rationalität ist. Wie Ihr zum Ende Eures Aufrufs feststellt, ist den Nazis der

"Nährboden, also die bürgerliche Gesellschaft, zu entziehen." Darin stimmen wir Euch gänzlich zu, da der Kapitalismus die Möglichkeit einer Wiederholung der Shoah notwendig in sich trägt. Gleichzeitig, und das ist die Schwierigkeit dieser Aufgabe, ist festzuhalten und in die eigene Praxis einzuschreiben, dass es einen Unterschied ums Ganze zwischen einer auf Kapitalverwertung und einer auf konkreter Vernichtung des abstrakten Wertes zielender Vergesellschaftung und ihrer Ideologien gibt; und im Zweifelsfall ist erstere gegen zweitere zu verteidigen.

Wir sehen uns am 30.04., solidarische Grüße, CC

### Ein Vorschlag zur Verständigung über aktive Unterstützung des M31-Netzwerks: Europäische Generalstreiks sind auch unsere Sache

Wir, das M31-Netzwerk, schlagen vor, im nächsten halben Jahr in Deutschland zu einer Verständigung über die aus unserer Sicht überfällige aktive Unterstützung der in vielen europäischen Ländern stattfindenden Generalstreiks zu gelangen. Wir sind überzeugt, dass es Zeit ist, auch auf der etwas sonnigeren Seite der Straße (über der mittlerweile ja ebenfalls Gewitterwolken aufziehen) das bewusst zu machen und zu bekämpfen, was derzeit in Europa geschieht – und das jenseits der x-ten Kundgebung vor dem griechischen oder spanischen Konsulat. Dabei setzen wir auf die Beteiligung von emanzipatorischen Menschen, die aus den unterschiedlichsten Beweggründen den aktuellen Entwicklungen aktiv etwas entgegensetzen möchten: kämpferische KollegInnen in den Betrieben und Gewerkschaften, solidarische SchülerInnen, Studierende und Erwerbslose, politische AktivistInnen...

#### Die Ausgangslage...

...ist zugegebendermaßen schlecht. Im Interesse eines möglichst ungehinderten kapitalistischen Wachstums haben in den letzten Jahrzehnten viele Staaten ihre Märkte umfassend dereguliert, soziale Sicherheiten gestrichen, soziale Kontrollen verschärft, öffentliche Güter privatisiert, die Rechte der Lohnabhängigen beschnitten, ihre Grenzen für Flüchtlinge weiter dicht gemacht.

In sämtlichen europäischen Ländern (und darüber hinaus) werden die Auswirkungen der nun seit mehreren Jahren andauernden Krise spürbar. In Spanien, Griechenland und Portugal sind ihre Auswirkungen verheerend. Dort herrscht Massenarbeitslosigkeit, Menschen wird die Existenzgrundlage entrissen und die Möglichkeit genommen, ihre grundlegendsten Bedürfnisse zu erfüllen: nach physischer und psychischer Unversehrtheit, genug zu Essen und einem Dach über dem Kopf. Dies bedeutet nicht nur massenhafte Verbreitung von Armut und Elend in allen Lebensbereichen. Es bedeutet in den drastischsten Fällen sogar den Tod von Menschen, bedingt zum Beispiel durch den kompletten Zusammenbruch des Gesundheitssystems in Griechenland, welcher zur Folge hat, dass Menschen lebensnotwendige Medikamente nicht mehr erhalten – von den rasant steigenden Suizidraten gar nicht zu reden.

Auch in Deutschland, obwohl einer der "Krisengewinner", wird der Klassenkampf von oben verschärft, nimmt die Spaltung zwischen arm und reich zu. Prekäre Anstellungen werden seit Jahren auch hier immer häufiger, Lohndumping ist auf der Tagesordnung, Bildung wird mehr und mehr zur reinen Zurichtung für die Verwertbarkeit auf dem Markt, bezahlbarer Wohnraum wird besonders in den großen Städten zur Mangelware, der Gang zur Arge wird mehr und mehr zum Spießrutenlaufen.

KrisenverliererInnen sind hier vor allem die Menschen, die ihren Lebensunterhalt im Niedriglohnsektor verdienen müssen, der mit rund 8 Millionen Menschen fast so groß ist wie die gesamte Bevölkerung Griechenlands. Da überdurchschnittlich viele MigratInnen und Frauen in diesem Sektor arbeiten, sind insbesondere sie von der Krise betroffen. Zudem werden Krisenlasten durch die Streichung öffentlicher Dienstleistungen insb. in den südeuropäischen EU-Ländern, wo sich die Krise am deutlichsten zeigt, auf die

Privathaushalte und dort – gemäß der überkommenen Arbeitsteilung – auf Frauen abgewälzt. Viele Frauen sehen sich so auf den Bereich häuslicher Reproduktions- und unsichtbarer Arbeit (z.B. Pflege von Familienangehörigen) verwiesen, zugleich aber auch selbst zur Erwerbsarbeit gezwungen, da Sozialleistungen sinken und das fordistische Familienernährer/Hausfrauen-Modell angesichts sinkender Reallöhne erodiert.

#### Was passiert - und warum passiert hier nichts?

In vielen Ländern gab und gibt es heftigen Protest gegen die brutale Krisenpolitik der europäischen Regierungen und der Troika, die unter Federführung der deutschen Regierung stattfindet. Vielerorts sind Basisinitiativen entstanden, um die eigene politische Ohnmacht zu überwinden. Allerdings machen sich die dominierenden Kräfte in den großen reformistischen Gewerkschaften kapitalistischen Standortinteressen zu eigen und forderten allenfalls soziale Trostpflaster für die neoliberale Entwicklung, der sie sich weitgehend fügen (müssen).

Trotz einiger Versuche, sich zu vernetzen und solidarisch aufeinander Bezug zu nehmen, sind die Auseinandersetzungen und Streiks aber immernoch weitgehend isoliert und auf einzelne Länder beschränkt.

Am 31. März 2012 gelang es dem M31 – Netzwerk aus anarchosyndikalistischen und basisorientierten Gewerkschaften, antifaschistischen Gruppen und Organisationen aus dem antiautoritären und antikapitalistischen Spektrum einen ersten länderübergreifenden Aktionstag zu organisieren, an dem sich Menschen in mehr als vierzig Städten – nicht nur europaweit – beteiligten. M31 richtete sich gegen die herrschende Krisenpolitik der EU und für eine an den Bedürfnissen der Menschen orientierte Gesellschaft jenseits von Kapitalismus und Nationalismus.

Einige Monate später, im November 2012, schrieb das monatlich erscheinende Forum sozialismus.de:

"Am 14. November – inmitten der Woche – passierte etwas Neues. Ausgehend von Spanien und Portugal legten GewerkschafterInnen in Italien, Griechenland, Frankreich und Belgien die Arbeit nieder. Ein koordinierter »Aktions- und Solidaritätstag«, wie es ihn zuvor in Europa noch nicht gegeben hat."

Der DGB-Bundesvorstand konnte sich lediglich zu einigen wenigen Kundgebungen aufraffen. Auf labournet.de wurde die Lage in verschiedenen Artikeln wie folgt kommentiert: "In fünf EU-Staaten legen Millionen Beschäftigte die Arbeit nieder, um gegen die Folgen der EU-Krisenpolitik zu protestieren. Die Kollegen im Krisengewinnlerstaat Deutschland schicken solidarische Grüße…" Und: "Während in den Krisenländern große Lernschritte hin zu grenzüberschreitender, gemeinsamer Aktionen getan werden, hat der 14. November einmal mehr gezeigt, dass es schlecht bestellt ist um die Solidarität in der Bundesrepublik, wo sie doch gerade hier gefordert wäre!"

Wir teilen die Einschätzung, dass sich die großen Gewerkschaften weiterhin nicht zu einem solidarischen Handeln entschließen werden. Genau dort wollen wir aber hin! Wir wollen keine nationalen Standortinteressen verteidigen, sondern einen grenzüberschreitenden Kampf gegen die Zumutungen der kapitalistischen Verhältnisse. Diese haben sich auch in der BRD in den letzten Jahren verschärft – nicht umsonst steht Deutschland heute als relativer "Krisengewinner" dar. Die Agenda 2010 wurde 2003 von Rot-Grün durchgesetzt. Diese

Agenda wird nun in ähnlicher Form den Krisenstaaten durch die Troika aufgezwungen. Sie erzeugte hier bereits vor Ausbruch der Wirtschaftskrise für viele Beschäftigte und Arbeitslose eine permanente individuelle Misere. Da die Gewerkschaften und andere linke politische Gruppen gleichzeitig kaum in der Lage (und häufig auch nicht willens) waren und sind, Wege zu einem kollektiven, antikapitalistischen und emanzipatorischen Widerstandsprozess von unten aufzuzeigen, werden die individuellen Krisenerfahrungen weiterhin im Kreis des Privaten verhandelt und verarbeitet.

Auch wenn damit keineswegs hinreichend erklärt ist, warum der soziale Frieden in Deutschland anhält, zeigt sich, dass es dringend notwendig ist, Diskussionen darüber zu führen, wie wir gemeinsam handlungsfähig werden können und wie eine aktive Solidarität praktisch umgesetzt werden kann. Aus diesem Grund macht das M31 – Netzwerk einen konkreten Vorschlag zum Handeln:

Wir rufen dazu auf, sich auf betrieblicher- und auf allen anderen gesellschaftlichen Ebenen an allen Orten aktiv an einem zukünftigen europäischen Generalstreik oder einem im Herbst 2013 oder Frühjahr 2014 zu erwartenden Generalstreik in Spanien zu beteiligen.

Damit können wir die Kämpfenden und Streikenden in Europa öffentlichkeitswirksam unterstützen, uns aber auch für die Verbesserung unserer eigenen Arbeits- und Lebenssituation einsetzen.

#### Der Tag, welcher... Was soll passieren?

Zunächst muss eine kleine Hürde genommen werden. Ein Generalstreik in Spanien (oder eine ähnliche Gelegenheit) hat keinen Monate im Voraus feststehenden Termin. Er wird in der Regel zwei bis vier Wochen vorher veröffentlicht. Das erschwert die Planung für alle, die sich beteiligen wollen, macht das Gelingen aber definitiv nicht unmöglich. Die Idee ist, möglichst bundesweit (vielleicht nicht in jeder Stadt, aber in vielen Regionen), den Alltagsbetrieb einen Tag (oder auch länger) mit den unterschiedlichsten Mitteln zu stören und solidarisch miteinander auf unterschiedliche Themen aufmerksam zu machen.

Wir könnten uns folgendes Szenario vorstellen: Ein Termin wird bekanntgegeben und möglichst schnell in ganz Deutschland als "Der Tag, welcher..." publik gemacht.

Ab dann kann es richtig los gehen: Betriebsräte können Betriebsversammlungen einberufen und diese außerhalb des Betriebs abhalten. An Unis und Fachhochschulen können Vollversammlungen und Streiks abgehalten werden. SchülerInnen-Vertretungen können zu einem Schulstreik aufrufen. Das sind nur einige wenige Ideen. Es gibt eine Reihe anderer Möglichkeiten, den Alltagsbetrieb zu stören.

Am Tag selbst wäre es wünschenswert, dass an möglichst vielen Orten in den beteiligten Städten Aktionen stattfinden, die sich bestenfalls sehr unterschiedlich gestalten. Von Kundgebungen und Performances an öffentlichen Orten oder z.B. Verkehrsknotenpunkten über die Präsenz vor besonders "miesen" Betrieben oder dem Jobcenter bis hin zur Störung des öffentlichen Nahverkehrs durch mobile Streikposten. Eine Kundgebung vor Flüchtlingsheimen ist ebenso denkbar wie die Besetzung von Häusern durch Wohnrauminitiativen.

Haben wir es geschafft, über den Tag hinweg Präsenz zu zeigen und in den städtischen Tagesablauf merklich einzugreifen, planen wir eine Kundgebung früh abends an einem

zentralen Platz in der jeweiligen Stadt, wo sich alle Beteiligten zum gemeinsamen Protest zusammenfinden.

Wir schlagen vor, in den Städten und Regionen gemeinsam in unterschiedlichen Spektren zu diskutieren, welche Aktionsformen konkret realisierbar und politisch wirksam sind. Bitte debattiert darüber auf Versammlungen, Kongressen, Vernetzungstreffen, in den Vereinen, Communities und Initiativen und entwickelt die Ideen weiter. Wie der Tag letztlich ablaufen wird hängt von unserer gemeinsamen Handlungsbereitschaft ab.

Kämpfen wir gemeinsam für die Verbesserung unserer Lebenssituationen!

Seien wir solidarisch mit den Streikenden in Europa -

Streiken und kämpfen wir für eine herrschaftsfreie Gesellschaft jenseits kapitalistischer Verwertung.

Mehr Informationen findet ihr unter www.strikem31.blogsport.eu; für Anmerkungen, Diskussionsbeiträge etc. schreibt an: m31-network@riseup.net

18 Uhr Bahnhotsvorplatz Erfurt



lasstskrachen blogsport de



